

Algerien in der Offensive

Energiekrise in Westeuropa eröffnet Maghrebländern neue Chancen. Marokko könnte wegen des Westsahara-Konflikts ins Hintertreffen geraten

Von Jörg Kronauer

Es bewegt sich etwas in den Beziehungen zwischen den großen Staaten Europas und den Maghrebländern Marokko und Algerien, unter denen unverändert schwere Spannungen bestehen. In den vergangenen zwei Wochen gab es eine Reihe hochrangiger Besuche: Zunächst hielt sich Frankreichs Ministerpräsident Sébastien Lecornu am 15. und 16. Juli zu umfassenden Gesprächen in Marokko auf. Am 16. und 17. Juli besuchte Algeriens Präsident Abdelmadjid Tebboune Deutschland, bevor er am 20. Juli Spaniens Ministerpräsidenten Pedro Sánchez empfing. Gleichzeitig wurden einige bedeutende Entscheidungen gefällt, die die Lieferung von Energieträgern nach Europa betreffen. Beide Maghrebstaaten verfügen über riesige Potentiale an erneuerbaren Energieträgern, Algerien besitzt darüber hinaus Erdöl und Erdgas, und beide Länder rivalisieren bei Plänen, Gas aus Afrika südlich der Sahara nach Europa durchzuleiten. Die Ergebnisse der jüngsten europäisch-maghrebinischen Aktivitäten sind dabei durchaus widersprüchlich.

Paris hält an Rabat fest

Frankreich intensivierte mit dem Besuch von Premierminister Lecornu in Rabat seine Beziehungen zu Marokko. Noch vor zwei Jahren wäre das alles andere als selbstverständlich gewesen. Das Verhältnis zwischen Paris und Rabat war damals angespannt. 2021 waren – zumindest – Versuche bekanntgeworden, die Mobiltelefone, nicht zuletzt von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sowie dem damaligen Minister für die Überseegebiete Lecornu mit Hilfe der israelischen Spionagesoftware »Pegasus« abzuhören. [Als Täter wurde Marokko identifiziert, was die bilateralen Beziehungen schwer belastete, auch wenn natürlich Rabat alles strikt abstritt.](#) Die Wende kam im Herbst 2024, als Paris sich im Konflikt um die von Marokko besetzte Westsahara – die letzte, ausgerechnet von einem afrikanischen Staat okkupierte Kolonie in Afrika – auf Rabats Seite schlug und Marokkos Anspruch auf Souveränität über das Land bestätigte. Das führte zum Bruch zwischen Frankreich und Algerien, das sich als Schutzmacht der Westsahara und ihres von der UNO verbrieften Rechtes auf Eigenstaatlichkeit versteht.

Für Marokko kam Frankreichs unerwartete Annäherung im Jahr 2024 wie gerufen. Es hatte schon zuvor – als Gegenleistung für seine Unterzeichnung eines der sogenannten »Abraham-Verträge« zur Normalisierung der Beziehungen mit Israel im Jahr 2020 – die USA unter Donald Trump zur

Anerkennung seiner Ansprüche auf die Westsahara bewegen können. Nun war Rabat – mit besten Beziehungen nicht nur zu Washington, sondern auch wieder zu Paris – außenpolitisch exzellent aufgestellt. Frankreich wiederum, das soeben seinen traditionellen Einfluss im Sahel verloren hatte – in Mali, in Burkina Faso, in Niger –, hoffte, seine Position in Westafrika an der Seite Marokkos wieder stärken zu können. Marokkanische Unternehmen – vor allem solche im Besitz des Königshauses – expandieren in Westafrika seit geraumer Zeit kräftig. Der Annäherung von 2024 soll nun ein weiterer Ausbau der Beziehungen zwischen Paris und Rabat folgen. Lecornu wurde bei seinem Besuch von zwölf Ministern begleitet. Diskutiert wurden unter anderem neue französische Investitionen in Marokko und eine engere Zusammenarbeit in der Rüstungsindustrie. Vorbereitet wurde zudem ein Freundschaftsvertrag, der beim nächsten Besuch von König Mohammed VI. in Frankreich unterzeichnet werden soll.

Madrid schwankt

Einen anderen Weg als Frankreich gegenüber den Maghrebstaaten geht Spanien. Früher noch als Paris hatte sich Madrid in Sachen Westsahara nachgiebig gegenüber Rabats Ansprüchen gezeigt. Im März 2022 hatte Ministerpräsident Pedro Sánchez erklärt, der marokkanische Autonomieplan für das Gebiet – Autonomie innerhalb Marokkos und damit gerade keine Eigenstaatlichkeit – sei der bislang ernsthafteste, realistischste Versuch, den Konflikt zu lösen. Spanien hatte seine eigenen Motive für den Schritt. Ein bedeutendes war etwa, dass Marokko immer wieder seine Grenzkontrollen an den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla gelockert hatte und damit Geflüchtete auf spanisches Territorium vordringen ließ, was Madrid jedesmal stark unter Druck setzte. Zugeständnisse hinsichtlich der Westsahara, so lautete die Hoffnung der spanischen Regierung, könnten Rabats Verlässlichkeit an den Grenzen zu den Exklaven erhöhen. Seitdem wird die Kooperation zwischen den beiden Ländern ausgebaut, und das soll nach Sánchez' Willen auch so bleiben.

Das hält Spanien inzwischen allerdings nicht mehr davon ab, parallel seine Beziehungen zu Algerien zu verbessern. Dass das möglich ist, ist zunächst erstaunlich. Die Westsahara gehört zum Kern des Konflikts zwischen Marokko und Algerien, der sich allerdings viel weiter erstreckt: In Marokko werden noch heute Territorialansprüche auf große Teile Algeriens geäußert. Die gemeinsame, mehr als 1.500 Kilometer lange Grenze ist seit 1994 geschlossen. 2021 brach Algier zudem die diplomatischen Beziehungen zu Rabat nach Vorwürfen ab, Marokko unterstütze separatistische Strömungen in der Kabylei. Besserung ist nicht in Sicht. Algeriens Präsident Tebboune war dennoch bereit, Sánchez zu empfangen, obgleich dieser klargestellt hatte, an Spaniens Beziehungen zu Marokko nicht rütteln zu wollen. Sánchez wurde von Vorsitzenden mächtiger spanischer Konzerne begleitet – von Repsol und Enagás bis zu Indra und dem spanischen Ableger von Airbus. Umfangreiche Geschäfte wurden besprochen. Die spanische Wirtschaft drängt erneut nach Algerien, wo sie nach dem diplomatischen Eklat 2022 herbe Rückschläge erlitt.

Konkurrierende Pipelines

Algerien wiederum ist bestrebt, Energielieferungen aller Art nach Europa zu intensivieren. Die Chance dazu besteht aktuell mehr denn je: Die Sperrung der Straße von Hormus hat auch den Regierungen in Europa klargemacht, dass es nach dem – selbstverursachten – Stopp der Erdgaslieferungen aus Russland schnell eng werden kann, wenn auch das mittellöstliche – vor allem katarische – Flüssigerdgas ausfällt. Algerien ist schon im ersten Quartal 2026 zum größten Erdgaslieferanten Spaniens aufgestiegen. Es liefert zudem – per Pipeline, wie nach Spanien – Erdgas nach Italien und arbeitet daran, die Energielieferungen nach Europa noch weiter auszubauen. So treibt es etwa den Bau der Transsahara-Pipeline (TSGP) voran, die Erdgas aus Nigeria über Niger bis nach Algerien und weiter durch das Mittelmeer bis nach Europa leiten soll. Die Pipeline rivalisiert übrigens mit dem marokkanischen Vorhaben, eine Gaspipeline aus Nigeria durch die westafrikanischen Küstenstaaten bis nach Marokko zu bauen. Der Plan wird seit dem 19. Juli offiziell von dem westafrikanischen Staatenbund ECOWAS unterstützt und hat den Vorteil, dass die Röhre auch Gas aus den Lagerstätten vor den Küsten Senegals und Mauretaniens aufnehmen könnte, aber den Nachteil, dass sie mit rund 6.800 Kilometern um mehr als die Hälfte länger ist als die TSGP (4.100 Kilometer). Politisch relevant ist, dass sie über das Territorium der besetzten Westsahara verlaufen würde. Wer Erdgas über sie liefert oder bezieht, muss deshalb eigentlich Marokkos Herrschaft über seine Kolonie anerkennen. Marokko will den Bau unter anderem von der Weltbank finanzieren lassen.

Berlin setzt auf Algier

Algerien plant darüber hinaus die Lieferung von Wasserstoff nach Europa. [Es forciert das Pipelineprojekt South H2, das Wasserstoff aus Algerien über Tunesien sowie Italien bis nach Österreich und Deutschland bringen soll.](#) Das war eines der Themen der Gespräche, die Präsident Tebboune am 16. Juli mit Bundeskanzler Friedrich Merz bei seinem Besuch in Berlin führte. Thematisiert wurde dabei außerdem die Lieferung von algerischem Flüssigerdgas (LNG). Anfang Juli kam am LNG-Terminal Wilhelmshaven 1 erstmals eine Flüssiggaslieferung des algerischen Staatskonzerns Sonatrach an, weitere sollen folgen. Das ist aus deutscher Perspektive wichtig, um die exzessive Abhängigkeit von US-Flüssigerdgas zu mindern. Der Anteil an US-LNG, das im vergangenen Jahr an den deutschen Terminals an Nord- und Ostsee angeliefert wurde, an der gesamten Einfuhr dort wird mit rund 96 Prozent angegeben. Auch wenn Deutschland über Häfen in den Niederlanden und in Belgien LNG aus anderen Ländern bezieht, ist die US-Dominanz an den deutschen Terminals untragbar. Um so wichtiger sind die Lieferungen aus Algerien.

Ob dies dazu beigetragen hat, dass ein deutsch-marokkanisches Projekt gegenwärtig nicht von der Stelle kommt und scheitern könnte, ist nicht gesichert, aber durchaus denkbar. Dabei geht es um Sila Atlantik, ein geplantes Unterwasserkabel, das aus Sonne und Wind erzeugten Strom an den westeuropäischen Küsten entlang bis nach Deutschland liefern soll. Die Streckenführung sollte allerdings in der besetzten Westsahara beginnen, was rechtliche Probleme beinhaltet. Ein solches Kabel verläuft bereits aus Marokko nach Spanien, wo es im vergangenen Jahr geholfen hat, Stromausfälle zu

überbrücken. Zudem soll eine Verbindung nach Frankreich verlegt werden. Algerien hat allerdings mit seinen Erdgas- und künftig wohl auch Wasserstofflieferungen – Erdöl liefert es ohnehin schon, etwa nach Italien, Spanien und Deutschland, wobei deutlich größere Mengen nach Asien exportiert werden – ein stärkeres Gewicht. Einiges spricht dafür, dass Algerien das in Zukunft offensiv nutzen will. Zwar war es ihm mit der rabiatischen Reduzierung seiner Beziehungen zu Frankreich und zu Spanien nicht gelungen, die beiden Staaten zu einem Kurswechsel in der Westsahara-Frage zu veranlassen. Über den Ausbau seiner Rohstoffbeziehungen zu Madrid und zu Berlin eröffnet sich Algerien aber die Gelegenheit, gegenüber Rabat erneut in die Offensive zu gelangen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/526944.maghreb-algerien-in-der-offensive.html>